



FACHHOCHSCHULE LAUSITZ
University of Applied Sciences

Mitteilungsblatt Nr. 72

Prüfungsordnung für den Studiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik

(in der Fassung vom 27. März 2002)

DIE PRÄSIDENTIN

29.05.02

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Allgemeiner Teil	
§ 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung, Studienordnung	4
§ 2 Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung, Diplomgrad	4
§ 3 Allgemeine und besondere Studienvoraussetzungen im Vollzeitstudiengang	4
§ 3a Allgemeine und besondere Studienvoraussetzungen im Berufsbegleitenden Studiengang	5
§ 4 Regelstudienzeit, Studienumfang, Anrechnungspunkte (CP), Mutterschutz	5
§ 5 Prüfungssystematik	6
§ 6 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen	7
§ 7 Prüfungsausschuss	8
§ 8 Prüfende und Beisitzende	9
II. Allgemeine Bestimmungen zu den Prüfungen	
§ 9 Prüfungsaufbau	9
§ 10 Fristen	9
§ 11 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen	10
§ 12 Durchführung von Prüfungen	11
§ 13 Arten der Prüfungsleistungen	11
§ 14 Mündliche Prüfungsleistungen	11
§ 15 Klausurarbeiten, Hausarbeiten und Präsentationen	12
§ 16 Bewertung von Prüfungen und Bildung von Noten	13
§ 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß	14
§ 18 Bestehen und Nichtbestehen	15
§ 19 Wiederholung von Prüfungen	15
§ 20 Ungültigkeit von Prüfungen	16
§ 21 Einsicht in die Prüfungsakten	16
III. Praktische Studiensemester	
§ 22 Praktische Studiensemester	17
IV. Diplom-Vorprüfung	
§ 23 Zweck und Durchführung der Diplom-Vorprüfung, Zeugnis	17
§ 24 Art und Umfang der Diplom-Vorprüfung	18
V. Diplomprüfung	
§ 25 Zweck der Diplomprüfung	19
§ 26 Bestandteile der Diplomprüfung	19
§ 27 Fachprüfungen und Teilnahme	19
§ 28 Diplomarbeit	20
§ 29 Zulassung zur Diplomarbeit	21
§ 30 Bearbeitung des Themas	21
§ 31 Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit	22
§ 32 Kolloquium	22

§ 33	Ergebnisse der Diplomprüfung	23
§ 34	Zeugnis und Gesamtnote	23
§ 35	Ungültigkeit der Diplomvorprüfung und der Diplomprüfung	24

VI. Einstufungsprüfung

§ 36	Zweck der Prüfung, Zuständigkeit	24
§ 37	Zulassung zur Einstufungsprüfung	25
§ 38	Beratung	26
§ 39	Inhalte, Umfang und Formen der Einstufungsprüfung	26
§ 40	Bewertung und Wiederholung	27
§ 41	Einstufung	27
§ 42	Bescheinigung, Prüfungsgebühren	28

VII. Externenprüfung

§ 43	Zweck der Prüfung, Zuständigkeit	28
§ 44	Zulassungsvoraussetzungen	28
§ 45	Antrag und Zulassung	29
§ 46	Umfang, Art und Dauer der Externenprüfung	30
§ 47	Beratung, Meldung zur Prüfung, Verfahren	30
§ 48	Zeugnis, Diplomurkunde	30
§ 49	Prüfungsgebühr	30

VIII. Eignungsprüfung

§ 50	Zulassung zur Eignungsprüfung	31
§ 51	Antrag auf Zulassung zur Eignungsprüfung	31
§ 52	Art und Umfang der Prüfung, Wiederholungsmöglichkeit	32
§ 53	Prüfungsgebühr	32

IX. Schlussbestimmungen

§ 54	Inkrafttreten	32
§ 55	Geltung	32

Aufgrund der Ermächtigung in § 13 Abs. 2 BbgHG erlässt der Fachbereichsrat Sozialwesen mit Genehmigung der Präsidentin der Fachhochschule Lausitz folgende Prüfungsordnung:

I. Allgemeiner Teil

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungsordnung, Studienordnung

(1) Diese Prüfungsordnung gilt für Prüfungen im Studiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik der Fachhochschule Lausitz. Sie regelt gem. § 13 BbgHG die Vordiplomprüfung und die Diplomprüfung in diesem Studiengang sowie nach § 14 BbgHG die Einstufungsprüfung und die Externenprüfung sowie nach § 25 Abs. 3 BbgHG die Eignungsprüfung.

(2) Die Prüfungsordnung ist Grundlage für die Studienordnung im Studiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik sowohl in Vollzeit- als auch in Berufsbegleitender Studienform.

§ 2

Ziel des Studiums, Zweck der Prüfung, Diplomgrad

(1) Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums.

(2) Das Studium soll die Studierenden für die berufliche Tätigkeit in der Sozialen Arbeit qualifizieren und die dafür erforderlichen fachlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Methoden so vermitteln, dass sie zu wissenschaftlich begründetem Handeln befähigt werden.

(3) Durch die Diplomprüfung soll festgestellt werden, ob die Studierenden die für eine selbstständige Tätigkeit im Beruf notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben haben und befähigt sind, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden selbstständig zu arbeiten.

(4) Auf Grund der bestandenen Diplomprüfung wird der Diplomgrad "Diplom-Sozialarbeiter/Diplom-Sozialpädagoge (FH)" bzw. „Diplom-Sozialarbeiterin/Diplom-Sozialpädagogin (FH)" verliehen. Die Urkunde über den verliehenen Hochschulgrad enthält neben der Angabe des Studienganges die Angabe des Lernbereiches.

§ 3

Allgemeine und besondere Studienvoraussetzungen im Vollzeitstudiengang

(1) Zum Studium im Studiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik berechtigen der erfolgreiche Abschluss einer auf das Studium vorbereitenden Schulbildung und die Ableistung eines 13-wöchigen Vorpraktikums in einem für die Sozialarbeit/Sozialpädagogik einschlägigen Arbeitsfeld.

(2) Der Nachweis einer praktischen Tätigkeit gilt als erbracht, wenn die Qualifikation für das Studium durch das Zeugnis der Fachhochschulreife einer Fachoberschule für Sozialarbeit/Sozialpädagogik nachgewiesen ist.

(3) Einschlägige Ausbildungs- und Berufstätigkeit kann als Vorpraktikum angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt durch den Praxisausschuss des Fachbereiches Sozialwesen.

(4) Hinsichtlich der Durchführung der fachrichtungsbezogenen Eignungsprüfung wird auf §§ 52 ff. verwiesen.

(5) Zulassungshindernisse regelt § 29 BbgHG.

§ 3a

Allgemeine und besondere Studienvoraussetzungen im Berufsbegleitenden Studiengang

(1) Zum Berufsbegleitenden Studium im Studiengang Soziale Arbeit berechtigt der erfolgreiche Abschluss einer auf das Studium vorbereitenden Schulbildung und der Nachweis einer einschlägigen Tätigkeit in einem Feld der Sozialen Arbeit oder eine Tätigkeit in einem der Sozialen Arbeit verwandten Arbeitsfeld, wobei auch hier einschlägige Anteile nachgewiesen werden müssen. Die oben genannten Tätigkeiten müssen im Rahmen der üblichen Wochenarbeitszeit erbracht werden und einer Mindestdauer von zwei Jahren entsprechen. Beim Nachweis einer Teilzeit-Tätigkeit verlängert sich die Mindestdauer. Die einschlägige Tätigkeit soll bei Studienbeginn nicht länger als drei Jahre zurückliegen.

(2) Zu Beginn und während des Berufsbegleitenden Studiums muss eine 50%-ige Berufstätigkeit im Rahmen der üblichen Wochenarbeitszeit oder eine "nicht-abhängige", selbständige oder vertraglich geregelte und nachweisbare Tätigkeit diesen Umfangs in einem für die Soziale Arbeit einschlägigen Arbeitsfeld erbracht werden. Ein Nachweis über die Fortdauer und den Umfang des Beschäftigungsverhältnisses bzw. der vertraglich geregelten oder selbständigen Tätigkeit in der Sozialen Arbeit ist zu Beginn eines jeden Semesters vorzulegen. Auf Antrag kann in das Vollzeitstudium gewechselt werden, wenn die Voraussetzungen für das Berufsbegleitende Studium während des Studiums begründet nicht mehr gegeben sind, sofern die Kapazität des Vollzeitstudienganges dies zulässt.

(3) Über die Anerkennung der einschlägigen Tätigkeit in einem der Sozialen Arbeit verwandten Arbeitsfeld vor Aufnahme des Studiums sowie über die Anerkennung von Tätigkeiten, die vor oder während der berufsbegleitenden Studienform nicht durch Berufstätigkeit erbracht sind, entscheidet eine Kommission des Fachbereiches. Diese Kommission wird von der Dekanin oder dem Dekan bestellt. Sie besteht aus einem Mitglied der Gruppe der Professorinnen und Professoren, einem Mitglied des Praxisausschusses und der oder dem für das Berufsbegleitende Studium verantwortlichen Mitarbeiter/in.

(4) Eine Erklärung über das Einverständnis des Arbeitgebers zur Gewährleistung der Teilnahme am Studium bzw. bei nicht-abhängigen Tätigkeiten eine Erklärung darüber, die studienorganisatorischen Rahmenbedingungen zu akzeptieren, ist zusammen mit der Bewerbung zu erbringen.

§ 4

Regelstudienzeit, Studiumumfang, Anrechnungspunkte (CP), Mutterschutz

(1) Das Studium im Vollzeitstudiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik gliedert sich in ein dreisemestriges Grundstudium und in ein fünfsemestriges Hauptstudium einschließlich zweier

praktischer Studiensemester in Einrichtungen der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Der Gesamtstundenumfang einschließlich der Vorbereitung und Begleitung der praktischen Studiensemester beträgt 129 Semesterwochenstunden.

(2) Das Studium im Berufsbegleitenden Studiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik gliedert sich in ein viersemestriges Grundstudium und in ein viersemestriges Hauptstudium. Im Fall der Erforderlichkeit eines Verwaltungspraktikums ist ein praktisches Studiensemester in das viersemestriges Hauptstudium integriert. Der Gesamtstundenumfang beträgt 115 Semesterwochenstunden, im Falle eines Verwaltungspraktikums einschließlich der Vorbereitung und Begleitung eines praktischen Studiensemesters 111 Semesterwochenstunden.

(3) In einem akademischen Jahr werden in der Regel 60 Anrechnungspunkte (CP) vergeben. Näheres regelt die Studienordnung in Verbindung mit der Richtlinie zur Vergabe von Anrechnungspunkten.

(4) Die Inanspruchnahme der Schutzfristen des § 3 Abs. 2 und des § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes sowie der Fristen der landesrechtlichen Regelungen über den Erziehungsurlaub wird gewährleistet.

§ 5

Prüfungssystematik

(1) Die Prüfungsordnung unterscheidet zwischen der Diplom-Vorprüfung und der Diplomprüfung. Die Diplom-Vorprüfung ist bestanden, wenn alle Fachprüfungen bestanden sind und die erforderlichen Anrechnungspunkte erreicht wurden. Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn die Fachprüfungen bestanden und die Diplomarbeit sowie das Kolloquium mindestens mit "ausreichend" bewertet sowie die erforderlichen Anrechnungspunkte erreicht wurden.

(2) Der Diplomprüfung geht die Vordiplomprüfung voraus, die das Grundstudium abschließt.

(3) Das Studium wird mit der Diplomprüfung abgeschlossen.

4) Eine Fachprüfung (FP) besteht aus einer oder mehreren Teilprüfungen (TP) in einem Modul. Bei Nichtbestehen einer Teilprüfung muss diese wiederholt werden. Für jede Fachprüfung gibt es eine Fachnote. Die Fachnote wird in das Zeugnis aufgenommen und ist Grundlage für die Berechnung der Gesamtnote der Diplom-Vorprüfung bzw. der Diplomprüfung.

(5) Der Begriff Prüfungsleistung bezeichnet den einzelnen konkreten Prüfungsvorgang (z. B. eine mündliche Prüfung, eine Klausurarbeit oder eine alternative Prüfungsleistung, z. B. Hausarbeit). Eine Prüfungsleistung wird benotet. Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, werden die in den einzelnen Prüfungsleistungen erzielten Noten zu einer Note (Fachnote) zusammengefasst. Wird eine Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" bewertet, gilt die Fachprüfung als nicht bestanden und muss in diesem Teilgebiet wiederholt werden.

(6) Studienleistungen (beispielsweise: Referat, Präsentation, Protokoll, Test) werden studienbegleitend zu Lehrveranstaltungen erbracht. Teilnahme­scheine sind keine Studienleistungen.

(7) Erfolgreiche Teilnahme setzt eine Studienleistung voraus, die durch die Vergabe von Anrechnungspunkten (CP) als "bestanden" bewertet wird.

§ 6

Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet, wenn sie an einer Fachhochschule in der Bundesrepublik Deutschland in einem Studiengang erbracht wurden, der derselben Rahmenordnung unterliegt. Die Diplom-Vorprüfung wird ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt. Anrechnungspunkte (CP) werden von Amts wegen angerechnet.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Studiengängen, die nicht unter Absatz 1 fallen, werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der aufnehmenden Fachhochschule im wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten. Gleiches gilt für die Übernahme von Anrechnungspunkten (CP).

(3) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudiengängen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend; Absatz 2 gilt außerdem auch für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen an anderen Bildungseinrichtungen, insbesondere an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien sowie an Fach-, Ingenieurschulen und Offiziershochschulen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

(4) Einschlägige praktische Studiensemester und berufspraktische Tätigkeiten im Vollzeitstudium werden angerechnet. Für Studierende im Berufsbegleitenden Studiengang erfolgt im Rahmen der Zulassung zum Studium ein Verfahren zur Anerkennung der beruflichen bzw. einschlägigen Tätigkeit in Praxisfeldern der Sozialen Arbeit (vgl. § 2 a StO).

(5) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

(6) In staatlich anerkannten Fernstudien erbrachte Prüfungs- und Studienleistungen werden, soweit sie gleichwertig sind, anerkannt und auf die Studienzeiten angerechnet. Bei der Feststellung der Gleichwertigkeit sind gemeinsame Beschlüsse der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz zu beachten.

(7) Über die Anrechnungen nach den Absätzen 1 bis 4 entscheidet der Prüfungsausschuss, für berufsbegleitend Studierende in Zusammenarbeit mit der Kommission gem. § 3 a Abs. 3; im Zweifelsfall nach Anhörung der für die Fächer zuständigen Prüfer.

§ 7

Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist ein Prüfungsausschuss zu bilden. Der Prüfungsausschuss ist ein unabhängiges Organ der Fachhochschule Lausitz. Der Prüfungsausschuss besteht aus dem oder der Vorsitzenden, zwei weiteren Mitgliedern der Gruppe der Professorinnen und Professoren, einem Mitglied der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Lehrkräfte für besondere Aufgaben und einem Mitglied aus dem Kreis der Studierenden. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fachbereichsrat auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe gewählt und von der Dekanin oder dem Dekan bestellt. Aus der Mitte der Professorinnen und Professoren im Prüfungsausschuss wird vom Fachbereichsrat zugleich die oder der Vorsitzende und die oder der stellvertretende Vorsitzende gewählt und von der Dekanin oder dem Dekan bestellt. Für alle weiteren Mitglieder werden vom Fachbereichsrat Vertreter bestellt. Die Amtszeit der hauptberuflich an der Fachhochschule Lausitz tätigen Mitglieder beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitgliedes ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Der Prüfungsausschuss achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Er berichtet dem Fachbereichsrat über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten. Maßnahmen zur Prüfungsorganisation trifft der Prüfungsausschuss selbst. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen; dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche.

(3) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden oder der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden zwei weitere Mitglieder anwesend oder ordnungsgemäß vertreten sind, wobei eines der weiteren Mitglieder aus dem Kreise der Professorinnen und Professoren kommen muss. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Das studentische Mitglied des Prüfungsausschusses wirkt bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Anrechnung oder sonstigen Beurteilung von Studien- und Prüfungsleistungen und der Bestellung von Prüfenden und Beisitzenden, nicht mit. An der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Festlegung von Prüfungsaufgaben oder die eigene Prüfung betreffen, nimmt das studentische Mitglied des Prüfungsausschusses nicht teil.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder, die sich im laufenden Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, die Prüfenden und die Beisitzenden unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seiner oder seines Vorsitzenden sind den Betroffenen unverzüglich mitzuteilen. Den Betroffenen ist vorher Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

§ 8

Prüfende und Beisitzende

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und die Beisitzenden. Zu Prüfenden dürfen Professorinnen und Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, soweit sie Lehraufgaben leisten, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, Lehrbeauftragte und in der beruflichen Praxis sowie in der Ausbildung erfahrene Personen, die selbst mindestens die durch Prüfung festzustellende oder gleichwertige Qualifikation besitzen, bestellt werden. Die Prüfenden sind in ihrer Tätigkeit unabhängig.

(2) Die Prüflinge können für mündliche Prüfungen eine/n oder mehrere Prüfende vorschlagen. Sie können ferner eine/n Prüfende/n als Betreuerin oder Betreuer der Diplomarbeit vorschlagen. Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Prüfungsverpflichtung möglichst gleichmäßig auf die Prüfenden verteilt wird. Auf den Vorschlag der Prüflinge ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

(3) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass den Prüflingen die Namen der Prüfenden rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulassung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung oder der Ausgabe der Diplomarbeit, erfolgen. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

II. Allgemeine Bestimmungen zu den Prüfungen

§ 9

Prüfungsaufbau

Die Diplom-Vorprüfung besteht aus Fachprüfungen, die Diplomprüfung aus Fachprüfungen und der Diplomarbeit, ergänzt um ein Kolloquium. Fachprüfungen setzen sich aus einer oder mehreren Teilprüfungen (TP) in einem Modul zusammen. Fachprüfungen werden in der Regel studienbegleitend im Anschluss an die jeweiligen Lehrveranstaltungen des Grund- bzw. des Hauptstudiums durchgeführt.

§ 10

Fristen

(1) Im Regelfall ist die Diplom-Vorprüfung vor Beginn des Hauptstudiums und die Diplomprüfung innerhalb der für den Studiengang festgesetzten Regelstudienzeit vollständig abzulegen. Die Prüfungen können auch vor Ablauf der festgesetzten Fristen abgelegt werden, sofern die erforderlichen Zulassungsvoraussetzungen nachgewiesen sind.

(2) Die Fachhochschule stellt durch die Studienordnung und das Lehrangebot sicher, dass Fachprüfungen in den vom Senat der Hochschule festgesetzten Zeiträumen abgelegt werden können. Zu diesem Zweck sollen die Studierenden rechtzeitig sowohl über Art und Zahl der zu erbringenden Teilprüfungen und der zu absolvierenden Fachprüfungen als auch über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, und ebenso über den Aus- und Abgabezeitpunkt der Diplomarbeit informiert werden. Den Prüflingen sind für jede Fachprüfung auch die jeweiligen Wiederholungstermine bekannt zu geben.

(3) Studierende, die die Diplom-Vorprüfung nicht bis zum Ende des sechsten Semesters erfolgreich absolviert haben, haben sich einer Pflichtberatung durch den Prüfungsausschuss oder eine/n von ihm bestellte/n Lehrende/n zu unterziehen. Die betroffenen Studierenden werden vom Prüfungsausschuss zu dem Termin der Pflichtberatung eingeladen. Zielstellung der Pflichtberatung ist es, den Studierenden Wege zu einer zügigen und erfolgreichen Fortführung des Studiums aufzuzeigen und mit ihnen entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Die Ergebnisse der Pflichtberatung sind in einem Protokoll aufzunehmen, das von den Studierenden zu unterzeichnen ist.

§ 11

Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen

(1) Die Diplom-Vorprüfung und die Diplomprüfung kann nur ablegen, wer

1. aufgrund eines Zeugnisses der allgemeinen Hochschulreife, der fachgebundenen Hochschulreife oder der Fachhochschulreife oder aufgrund einer durch Rechtsvorschrift oder von der zuständigen staatlichen Stelle als gleichwertig anerkannten Zugangsberechtigung für den Diplomstudiengang an der Fachhochschule eingeschrieben ist ,

2. im Vollzeitstudium die vorgeschriebene berufspraktische Tätigkeit (Vorpraktikum) im Umfang von max. 13 Wochen abgeleistet hat bzw. im Berufsbegleitenden Studium die lt. § 2a Studienordnung umschriebene Tätigkeit vor und während des Berufsbegleitenden Studiums nachweisen kann

und

3. die festgelegten Bescheinigungen über die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen für die jeweilige Fachprüfung erbracht hat.

(2) Die Diplomprüfung kann nur ablegen, wer erfolgreich die Diplom-Vorprüfung bestanden und im Vollzeitstudium die praktischen Studiensemester im Umfang von je 20 Wochen bzw. im Berufsbegleitenden Studium ggf. ein praktisches Studiensemester im Umfang von 20 Wochen erbracht hat.

(3) Die Zulassung zu einer Fachprüfung darf nur abgelehnt werden, wenn

a) die in Absatz 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder

b) die Unterlagen unvollständig sind oder

c) der Prüfling in demselben oder nach Maßgabe des Landesrechts in einem verwandten Studiengang entweder die Diplom-Vorprüfung bzw. die Diplomprüfung endgültig nicht bestanden hat oder sich in einem Prüfungsverfahren befindet oder

d) der Prüfling nach Maßgabe des Landesrechts seinen Prüfungsanspruch durch Überschreiten der Fristen für die Meldung zu der jeweiligen Prüfung oder deren Ablegung verloren hat.

§ 12

Durchführung von Prüfungen

- (1) Die Prüfungen finden außerhalb der Lehrveranstaltungen statt.
- (2) Für jeden Prüfungsbereich sind nach Maßgabe der Studienordnung und des Studienverlaufsplanes in jedem Semester die entsprechenden Prüfungstermine, Nachholungsprüfungstermine und Wiederholungsprüfungstermine anzusetzen. Die Prüfungstermine sollen innerhalb des Prüfungszeitraumes am Ende der Vorlesungszeit eines Semesters liegen.
- (3) Der Prüfungstermin wird den Prüflingen rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor dem betreffenden Termin, bekannt gegeben.
- (4) Die Prüflinge haben sich auf Verlangen der oder des Prüfenden oder Aufsichtsführenden mit dem Studentenausweis oder einem anderen amtlichen Ausweis auszuweisen.
- (5) Die Kolloquiumstermine zur Diplomarbeit veröffentlicht der Prüfungsausschuss unter Vorbehalt der noch zu bestehenden Prüfungen und der bestandenen Diplomarbeit.

§ 13

Arten der Prüfungsleistungen

- (1) Prüfungsleistungen sind
 1. mündlich und/oder
 2. schriftlich durch Klausurarbeiten und Hausarbeiten und/oder
 3. Präsentationenzu erbringen.
- (2) Die Prüfung muss so gestaltet sein, dass der einzelne Prüfling nachweisen kann, dass er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Ferner soll festgestellt werden, ob der Prüfling über breites Grundlagenwissen verfügt. Schriftliche Prüfungen nach dem Multiple-Choice-Verfahren sind daher ausgeschlossen.
- (3) Macht der Prüfling glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so wird ihm gestattet, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Die Vorlage eines ärztlichen Attestes ist dazu notwendig.

§ 14

Mündliche Prüfungsleistungen

- (1) Mündliche Prüfungsleistungen werden in der Regel vor mindestens zwei Prüfenden (Kollegialprüfung) oder vor einer oder einem Prüfenden in Gegenwart einer oder eines sachkundigen Beisitzenden als Gruppenprüfung oder als Einzelprüfung abgelegt.

(2) Die Mindestdauer soll je Prüfling und Fach 15 Minuten nicht unterschreiten und in der Regel 30 Minuten nicht überschreiten.

(3) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungsleistungen sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis ist dem Prüfling jeweils im Anschluss an die mündlichen Prüfungsleistungen bekannt zu geben.

(4) Studierende, die sich in einem späteren Prüfungstermin der gleichen Fachprüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen werden, es sei denn der Prüfling widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse an den Prüfling.

§ 15

Klausurarbeiten, Hausarbeiten und Präsentationen

(1) In den Klausurarbeiten und Hausarbeiten soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den gängigen Methoden des Faches Aufgaben lösen und Themen bearbeiten kann. Dem Prüfling können Themen zur Auswahl gegeben werden.

(2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln sowie deren Art und Form entscheiden die Prüfenden. Die Prüfungsaufgabe einer Klausurarbeit wird in der Regel von einer oder einem Prüfenden gestellt. In begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsbereich mehrere Teilgebiete zusammengefasst geprüft werden, kann die Prüfungsaufgabe von mehreren Prüfenden gestellt werden. In diesem Fall legen die Prüfenden die Gewichtung der Anteile der Prüfungsaufgabe vorher gemeinsam fest. Jede/r Prüfende beurteilt zunächst die von ihr oder ihm gestellte Teilaufgabe. Zusätzlich muss sichergestellt sein, dass zwei Prüfende als Erst- und Zweitprüfende fungieren und die gesamte Klausuraufgabe bewerten. Klausurarbeiten sind in der Regel von zwei Prüfenden zu bewerten. Sofern der Prüfungsausschuss aus zwingenden Gründen nur eine/n Prüfende/n zulässt, sind die Gründe aktenkundig zu machen. Bei nicht übereinstimmender Bewertung einer Klausurarbeit durch die beiden Prüfenden (Erst- und Zweitprüfende) ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertung unter Berücksichtigung der evtl. Festlegungen von Gewichtungen. Die Errechnung der Gesamtnote ist Aufgabe der oder des Erstprüfenden. Die Dauer einer Klausurarbeit darf 90 Minuten nicht unterschreiten und 240 Minuten nicht überschreiten.

(3) Das Thema und die Aufgabenstellung einer Hausarbeit müssen so beschaffen sein, dass diese innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann. Die themenstellenden Prüfenden leiten die Aufgabe für die Hausarbeit an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses weiter. Die Ausgabe der Aufgabe erfolgt in der Regel in der letzten Woche der Vorlesungszeit eines Semesters. Hausarbeiten können nicht für Prüfungen ausgegeben werden, deren Prüfungszeitpunkt nach dem Studienverlauf zum Ende eines Studienabschnittes vorgesehen ist; das heißt: für das Vordiplom im Vollzeitstudium nicht zum Ende des dritten Semesters, im Berufsbegleitenden Studium nicht zum Ende des vierten Semesters, und für die Diplomprüfung in beiden Studienformen weder zum Ende des siebten noch des achten Semesters. Eine Hausarbeit hat eine Bearbeitungszeit von 28 Tagen; der Tag der Themenausgabe und der Tag der Abgabe der Hausarbeit werden nicht mitgerechnet. Der

Prüfungsausschuss legt die Termine der Ausgabe und Abgabe der Hausarbeit im Benehmen mit den Prüfenden einheitlich und verbindlich fest.

(4) Eine Präsentation ist eine Darbietung, die sprachliche, visuelle, akustische und/oder andere Informationen enthält, um das gestellte Thema einem Publikum in ansprechender Form vorzustellen. Eine Präsentation als Prüfungsleistung wird in der Regel von zwei Prüfenden bewertet und angemessen dokumentiert. Die Präsentation soll 20 Minuten nicht unter- und 45 Minuten nicht überschreiten; der Zeitumfang wird bei der Themenvergabe festgelegt. Typische Formen der Präsentation sind:

- a) Videofilme
- b) Vorträge in Verbindung mit Filmsequenzen, Dias, Schaubildern, Stellwänden u.a.
- c) mit Mitteln des darstellenden Spieles gestaltete Darbietungen
- d) Ausstellungen
- e) Ergebnisse empirisch erhobener Daten.

(5) Eine Präsentation im Internet enthält neben Informationen in schriftlicher Form mindestens ein zusätzliches Element aus folgenden:

- a) Bilder oder Graphiken
- b) Filmsequenzen
- c) Computeranimationen
- d) Verknüpfungen zu anderen Inhalten (Links)
- e) akustische Signale oder Informationen.

(6) Soweit eine Präsentation als Gruppenarbeit zugelassen wird, müssen die spezifischen Anteile der einzelnen Studierenden auf Grund von objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, erkennbar sein.

§ 16

Bewertung von Prüfungen und Bildung von Noten

(1) Prüfungen sind durch Noten differenziert zu bewerten. Die Noten werden von den jeweiligen Prüfenden festgesetzt.

(2) Sind mehrere Prüfende an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die Prüfung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei Nichtübereinstimmung der Bewertung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

(3) Für die Bewertung der Leistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung;
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	= eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können einzelne Noten um 0,3 auf Zwischenwerte erhöht oder erniedrigt werden; die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(4) Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, errechnet sich die Fachnote aus dem gewichteten Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Fachnote lautet:

Bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5	=	sehr gut
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschließlich 2,5	=	gut
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschließlich 3,5	=	befriedigend
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschließlich 4,0	=	ausreichend
bei einem Durchschnitt ab 4,1	=	nicht ausreichend

(5) Für die Diplom-Vorprüfung kann und für die Diplomprüfung muss jeweils eine Gesamtnote gebildet werden. Die Gesamtnote der Diplom-Vorprüfung errechnet sich aus den Fachnoten, die der Diplomprüfung aus den Fachnoten, der Note der Diplomarbeit und der Note des Kolloquiums. Für die Bildung der Gesamtnote gilt Abs. 4 entsprechend.

(6) Die Anrechnungspunkte (CP) für die erfolgreiche Absolvierung von Prüfungen ergeben sich aus der Richtlinie zur Vergabe von Anrechnungspunkten (Anhang 5 der Studienordnung).

§ 17

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Der für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Grund muss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Prüflings ist die Vorlage eines ärztlichen Attestes notwendig, aus dem die Prüfungsunfähigkeit hervorgeht. Die dem Attest zugrundeliegende ärztliche Untersuchung muss spätestens am Tag der Prüfung vorgenommen worden sein. In Zweifelsfällen kann ein amtsärztliches Attest auf Kosten des Prüflings verlangt werden. Zweifelsfälle ergeben sich insbesondere dann, wenn eine wiederholte Prüfungsunfähigkeit geltend gemacht wird. Soweit die Einhaltung von Fristen für die erstmalige Meldung zur Prüfung, die Wiederholung von Prüfungen, die Gründe für das Versäumnis von Prüfungen und die Einhaltung von Bearbeitungszeiten für Prüfungsarbeiten betroffen sind, steht die Krankheit des Prüflings der Krankheit eines von ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich. Wird der Grund anerkannt, so wird eine neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(2) Versucht der Prüfling, das Ergebnis der Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende

Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf des Prüfungstermins stört, kann von den jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Die genannten Vorgänge sind in jedem Fall aktenkundig zu machen. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(3) Der Prüfling kann innerhalb einer Frist von 14 Tagen verlangen, dass die Entscheidungen nach Absatz 2 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 18

Bestehen und Nichtbestehen

(1) Eine Fachprüfung ist bestanden, wenn die Fachnote mindestens "ausreichend" (4,0) ist. Eine Fachprüfung mit mehreren Prüfungsleistungen ist nur bestanden, wenn die dazugehörenden Prüfungsleistungen ebenfalls mit "ausreichend" (4,0) bewertet wurden.

(2) Die Diplom-Vorprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Fachprüfungen der Diplom-Vorprüfung bestanden sind und die erforderlichen Anrechnungspunkte (CP) nachgewiesen sind. Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn die praktischen Studiensemester erfolgreich abgeschlossen, sämtliche Fachprüfungen des Hauptstudiums bestanden sind und die Diplomarbeit und das Kolloquium mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet wurden sowie die notwendigen 240 Anrechnungspunkte (CP) im Vollzeitstudium, 184 Anrechnungspunkte (CP) im Berufsbegleitenden Studium bzw. im Falle eines Verwaltungspraktikums 200 Anrechnungspunkte (CP) erworben wurden. Die Vergabe von Anrechnungspunkten (CP) richtet sich nach der Studienordnung und der Richtlinie zur Vergabe von Anrechnungspunkten (Anhang 5 der Studienordnung).

(3) Hat der Prüfling eine Fachprüfung nicht bestanden oder wurde die Diplomarbeit schlechter als "ausreichend" (4,0) bewertet, wird er darüber informiert. Er muss auch Auskunft darüber erhalten, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang und in welcher Frist die Fachprüfung und die Diplomarbeit wiederholt werden können.

(4) Hat der Prüfling die Diplom-Vorprüfung bzw. Diplomprüfung endgültig nicht bestanden, wird ihm auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Diplom-Vorprüfung bzw. die Diplomprüfung nicht bestanden ist.

§ 19

Wiederholung von Prüfungen

(1) Nicht bestandene Fachprüfungen können höchstens zweimal wiederholt werden. Fehlversuche an anderen Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland sind anzurechnen.

(2) Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, sind einzelne, nicht mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertete Prüfungsleistungen zu wiederholen.

(3) Die erste Wiederholungsprüfung zur Erreichung des Vordiploms soll im Rahmen der Nachholungs- und Wiederholungsprüfungstermine des jeweils folgenden Semesters abgelegt werden. Der Prüfungsanspruch erlischt bei Versäumnis der Wiederholungsfrist, es sei denn der Prüfling hat das Versäumnis nicht zu vertreten.

(4) Die Wiederholungsprüfungen sind in der ursprünglich gewählten Fächerkombination abzulegen.

§ 20

Ungültigkeit von Prüfungen

(1) Hat der Prüfling bei einer Prüfung getäuscht und wird die Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 18 Abs. 4 bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten derjenigen Prüfungen, bei deren Erbringung der Prüfling getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Diplomprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber getäuscht hat, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 18 Abs. 4 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Prüfling die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung einschlägiger Gesetze.

(3) Das unrichtige Prüfungszeugnis oder die unrichtige Bescheinigung gemäß § 18 Abs. 4 ist einzuziehen und ggf. neu zu erteilen. Eine Entscheidung gemäß Abs. 1 und 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des schriftlichen Nachweises ausgeschlossen.

§ 21

Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Prüfling auf Antrag Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die darauf bezogenen Gutachten und die Protokolle über die mündlichen Prüfungen gewährt.

(2) Die Einsichtnahme ist binnen eines Monats nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder des Bescheides über das endgültige Nichtbestehen der Diplomprüfung bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. Die oder der Vorsitzende legt Ort und Zeit der Einsichtnahme fest.

(3) Der Antrag auf Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen, die sich auf Prüfungsleistungen beziehen, kann vom Prüfling binnen eines Monats nach Bekanntgabe des jeweiligen Prüfungsergebnisses gestellt werden. Im übrigen gilt Absatz 2 entsprechend.

III. Praktische Studiensemester

§ 22

Praktische Studiensemester

(1) Im Vollzeitstudium sind während des Hauptstudiums zwei praktische Studiensemester zu absolvieren. Die Praxistätigkeit während des Studiums ist zu erbringen durch

- ein praktisches Studiensemester von 20 Wochen Dauer im vierten Semester und
- ein praktisches Studiensemester von 20 Wochen Dauer im fünften Semester.

Im Berufsbegleitenden Studium ist ggf. ein praktisches Studiensemester von 20 Wochen Dauer im fünften Semester (Verwaltungspraktikum) zu absolvieren.

(2) Einzelheiten regeln die Richtlinien für die praktischen Studiensemester in der Studienordnung (Anhang 3).

(3) Eine Zulassung zu Prüfungen im Hauptstudium kann nur erfolgen, wenn alle Teile der praktischen Studiensemester (Vorbereitung, Begleitung, Praktikum und Praxisbericht) erfolgreich absolviert wurden und dies vom Praxisamt bestätigt ist.

IV. Diplom-Vorprüfung

§ 23

Zweck und Durchführung der Diplom-Vorprüfung, Zeugnis

(1) Durch die Diplom-Vorprüfung soll der Prüfling nachweisen, dass er das Studium mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen kann und dass er die inhaltlichen Grundlagen seines Faches, ein methodisches Instrumentarium und eine systematische Orientierung erworben hat.

(2) Die Diplom-Vorprüfung wird in der Regel studienbegleitend im Anschluss an die jeweiligen Lehrveranstaltungen des Grundstudiums durchgeführt. Sie ist so auszugestalten, dass sie vor Beginn der Vorlesungszeit des auf das Grundstudium folgenden Semesters abgeschlossen werden kann.

(3) Über die Ablegung der Diplom-Vorprüfung stellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Prüfling unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis aus.

(4) In das Zeugnis der Diplom-Vorprüfung werden die Fachnoten und die Gesamtnote aufgenommen.

(5) Die Gesamtnote wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelnoten gebildet; dabei werden TP über den Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von zwei SWS einfach, Teilprüfungen über den Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von vier SWS (bzw. im Fach Recht mit fünf SWS) zweifach gewichtet.

§ 24

Art und Umfang der Diplom-Vorprüfung

(1) Die Diplom-Vorprüfung besteht aus vier Fachprüfungen und Nachweisen über die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen.

(2) Die vier Fachprüfungen sind in folgenden Modulen abzulegen:

Modul 1: Rechts- und sozialpolitische Grundlagen,
Modul 2: Geistes- und Humanwissenschaftliche Grundlagen,
Modul 3: Gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen,
Modul 4a und 4b: Wahlpflichtfächer und Arbeitsfelder.

(3) Eine Fachprüfung der Diplom-Vorprüfung besteht im Modul 1 aus:

1. zwei benoteten Teilprüfungen über den Inhalt von Lehrveranstaltungen im Gesamtumfang von sieben Semesterwochenstunden (SWS). Die erste TP bezieht sich auf den Inhalt von Lehrveranstaltungen im Fach Recht im Umfang von fünf SWS mit der Prüfungsform Klausur. Die zweite TP bezieht sich auf den Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von zwei SWS einer anderen Fachdisziplin dieses Moduls und
2. dem Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an jenen Fächern bzw. Fachanteilen, die nicht durch eine TP abgeschlossen wurden.

(4) Eine Fachprüfung der Diplom-Vorprüfung besteht in den Modulen 2 und 3 aus jeweils:

1. zwei benoteten Teilprüfungen über den Inhalt von Lehrveranstaltungen im Gesamtumfang von sechs Semesterwochenstunden (SWS). Die erste TP bezieht sich auf den Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von vier SWS einer Fachdisziplin in dem jeweiligen Modul. Die zweite TP bezieht sich auf den Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von zwei SWS einer anderen Fachdisziplin desselben Moduls und
2. dem Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an jenen Fächern bzw. Fachanteilen, die nicht durch eine TP abgeschlossen wurden.

Eine TP im Modul 3 umfasst den Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von vier SWS im Grundlagenfach Methoden der Sozialen Arbeit mit der Prüfungsform Hausarbeit. Diese TP soll in der Regel bis zum Ende des zweiten Semesters abgelegt sein.

(5) Die Fachprüfung im Modul 4a und 4b bezieht sich auf den Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von sechs SWS. Wahlweise sind diese abzulegen:

- a) durch eine TP (Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von vier SWS) in WPG 1 und 2 sowie eine TP (Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von zwei SWS) in den Arbeitsfeldern oder
- b) eine TP (Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von vier SWS) in den Arbeitsfeldern und eine TP (Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von zwei SWS) aus WPG 1 oder WPG 2.

Erfolgreiche Teilnahme ist nachzuweisen für den in den TP nicht abgedeckten Inhalt von Lehrveranstaltungen des Moduls (4a und 4b).

(6) Der Nachweis je einer erfolgreichen Teilnahme ist ferner zu erbringen in

1. Methoden wissenschaftlichen Arbeitens,
2. Sozialinformatik,
3. in beiden Teilen des Moduls 5:
 - a. Methodischer Gesprächsführung
 - b. Berufs- und medienpraktische Übungen.

(7) Die Diplom-Vorprüfung gilt als bestanden, wenn alle erforderlichen Fachprüfungen bestanden sind und im Grundstudium des Vollzeitstudiums 90 Anrechnungspunkte (CP) bzw. im Grundstudium des Berufsbegleitenden Studiums 88 Anrechnungspunkte (CP) erreicht werden. Dabei werden bestandene Teilprüfungen, die sich auf Lehrveranstaltungen im Umfang von zwei SWS beziehen, mit drei Anrechnungspunkten (CP), und bestandene Teilprüfungen, die sich auf Lehrveranstaltungen im Umfang von vier SWS beziehen, mit fünf Anrechnungspunkten (CP) bewertet.

V. Diplomprüfung

§ 25

Zweck der Diplomprüfung

Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Diplomstudienganges. Durch die Diplomprüfung wird festgestellt, ob der Prüfling die Zusammenhänge seines Faches überblickt, die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden und die für die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat.

§ 26

Bestandteile der Diplomprüfung

Die Diplomprüfung besteht aus drei Fachprüfungen und Nachweisen über die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen, der Diplomarbeit sowie dem Kolloquium.

§ 27

Fachprüfungen (FP) und Teilnahme (TN)

(1) Die drei Fachprüfungen sind in folgenden Modulen abzulegen:

- Module 6 und 7: Sozialmanagement in sozialen Dienstleistungen sowie klientenbezogene Handlungsstrategien
- Modul 8: Human- und Gesellschaftswissenschaften
- Modul 9: Lernbereiche

(2) Eine FP in den Modulen 6 und 7 besteht entweder aus:

1. einer TP im Modul 6 (Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von vier SWS) sowie einer TP im Modul 7 (Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von zwei SWS)

oder aus

2. einer TP im Modul 6 (Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von zwei SWS) sowie einer TP im Modul 7 (Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von vier SWS) und
3. dem Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an den Lehrveranstaltungen (LV), die nicht über eine benotete TP nachgewiesen wurden.

(3) Eine FP im Modul 8 umfasst je eine Teilprüfung in drei verschiedenen Lehrgebieten (Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von jeweils zwei SWS) sowie den Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an den anderen beiden Lehrgebieten.

(4) Die dritte FP bezieht sich auf den (gewählten) Lernbereich (Modul 9). Hier besteht die FP in einer benoteten PL (Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von acht SWS), die die Gesamtheit des gewählten Schwerpunktthemas abdeckt, und dem Nachweis der erfolgreichen TN an allen Lehrveranstaltungen eines zweiten Schwerpunktthemas des (gewählten) Lernbereiches (Inhalt von Lehrveranstaltungen im Umfang von acht SWS).

(5) Die erfolgreiche TN ist im Modul 10 "Berufs- und praxisbezogene Lehrangebote" für Vollzeitstudierende zu Lehrveranstaltungen im Umfang von acht SWS, für berufsbegleitend Studierende zu Lehrveranstaltungen im Umfang von sechs SWS, im Falle eines Verwaltungspraktikums zu einer Lehrveranstaltung im Umfang von zwei SWS nachzuweisen.

§ 28

Diplomarbeit

(1) Der Prüfling soll in der Diplomarbeit zeigen, dass er innerhalb von drei Monaten ein praxisrelevantes Thema der Sozialen Arbeit mit wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig bearbeiten kann. Sofern die Produktion eines künstlerisch-ästhetischen Ergebnisses im Vordergrund steht, ist die theoretische und methodische Auseinandersetzung mit dem Thema in einem schriftlichen Teil von mindestens 30 Seiten zu erbringen.

(2) Die Diplomarbeit kann von einer Professorin oder einem Professor oder einer anderen nach Landesrecht prüfungsberechtigten Person betreut werden, soweit diese an der Fachhochschule Lausitz in einem im Studiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik relevanten Bereich tätig ist. Soll die Diplomarbeit in einer Einrichtung außerhalb der Fachhochschule durchgeführt werden, bedarf es der Zustimmung des Prüfungsausschusses. Der Prüfling kann die beiden Betreuenden und ein Thema vorschlagen.

(3) Spätestens zu Beginn des Semesters, in dem die Themenausgabe erfolgt, nimmt der Prüfling zu der oder dem Betreuenden Kontakt auf, die oder den er in eben dieser Funktion und als Prüfende/n vorschlagen möchte. Mit der Anmeldung ist auch der Vorschlag für die oder den Betreuenden abzugeben; zuvor ist deren oder dessen Einverständnis einzuholen. Der Vorschlag ist nicht bindend für den Prüfungsausschuss.

(4) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat dafür zu sorgen, dass jeder Prüfling, der zur Diplomarbeit zugelassen ist, eine Aufgabe und eine/n Betreuende/n erhält. Das Thema stellt die oder der Betreuende in Übereinstimmung mit der Prüfungsordnung; das Thema ist vom Prüfungsausschuss zu bestätigen. Der Betreuungsaufgabe können sich Prüfungsberechtigte nicht entziehen.

(5) Die Diplomarbeit kann auch als Gruppenarbeit zugelassen werden, sofern der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Prüflings auf Grund der Angabe von Abschnitten, Kapiteln und Seitenzahlen sowie anderer objektiver Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, erkennbar und bewertbar ist.

§ 29

Zulassung zur Diplomarbeit

(1) Zur Diplomarbeit wird zugelassen, wer:

1. die Zugangsberechtigung zum Studium hat,
2. die Vordiplomprüfung bestanden hat,
3. die zwei praktischen Studiensemester bzw. im Falle eines Verwaltungspraktikums im Berufsbegleitenden Studium ein praktisches Studiensemester erfolgreich abgeleistet hat,
4. die Prüfungsleistungen und Studienleistungen bis auf je zwei erbracht hat.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist zu einem vom Prüfungsausschuss festzusetzenden Termin an den Prüfungsausschuss zu richten. Die Abgabe dieses Antrages gilt als Anmeldung zur Diplomarbeit. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. der Nachweis der im Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über die bisherigen Versuche zur Bearbeitung einer Diplomarbeit oder zur Ablegung der Diplomprüfung und ggf. einer Diplomvorprüfung im gleichen Studiengang.

Dem Antrag ist der Vorschlag für die oder den Betreuenden beizufügen. Der Prüfungsausschuss ist bei der Festsetzung der oder des Betreuenden nicht an den Kandidatenvorschlag gebunden.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann bis zur Bekanntgabe der Zulassung, die mit der Benennung der oder des Betreuenden verbunden ist, ohne Anrechnung auf die Zahl der Versuche und ohne Nennung von Gründen zurückgezogen werden.

(4) Über die Zulassung entscheidet, mit Ausnahme der Bestellung der oder des Betreuenden, die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

§ 30

Bearbeitung des Themas

(1) Die Ausgabe des Themas der Diplomarbeit erfolgt durch die zuständige Mitarbeiterin im Prüfungsamt im Auftrag der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Der Zeitpunkt und das Thema sind aktenkundig zu machen.

(2) Die Bearbeitungszeit beginnt mit dem der Ausgabe folgenden Tag und endet mit dem gleichen Datum drei Monate später. Der diesem Datum folgende Arbeitstag ist der Abgabetermin. Das Thema und damit die Aufgabenstellung muss so beschaffen sein, dass die Diplomarbeit in dem vorgesehenen zeitlichen Rahmen abgeschlossen werden kann. Im

Ausnahmefall kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf einen vor Ablauf der Bearbeitungszeit begründeten Antrag die Bearbeitungszeit um zunächst bis zu 2 Wochen, insgesamt um bis zu vier Wochen, verlängern. Die oder der Betreuende der Diplomarbeit soll nach Möglichkeit zu diesem Antrag gehört werden.

(3) Das Thema der Diplomarbeit kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit ohne Nennung von Gründen zurückgegeben werden, ohne dass dies als Versuch gezählt wird. Im Falle der Wiederholung der Diplomarbeit ist die Rückgabe nur dann möglich, wenn der Prüfling bei seinem ersten Versuch davon keinen Gebrauch gemacht hat.

(4) Im Fall einer Behinderung des Prüflings findet § 13 Abs. 3 entsprechende Anwendung.

§ 31

Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit ist fristgemäß im zuständigen Prüfungsamt abzugeben. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen. Bei Zugang der Diplomarbeit durch die Post ist der Poststempel am Einlieferungstag maßgeblich. In der Diplomarbeit (letzte Seite) hat der Prüfling schriftlich zu versichern, die Diplomarbeit, bei einer Gruppenarbeit seinen Anteil, selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel und die zitierte Literatur verwendet zu haben.

(2) Die Diplomarbeit ist von zwei Prüfenden zu bewerten, von denen eine/r die oder der Betreuende der Diplomprüfung ist. Bei Nichtübereinstimmung der Bewertungen wird die Note aus dem arithmetischen Mittel der beiden Einzelnoten gebildet, wenn die Differenz weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz zwischen den Einzelnoten 2,0 und mehr, wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Person als Prüfende/r bestellt. In einem solchen Fall ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Bewertungen. Die Bewertung der Diplomarbeit ist schriftlich in einem Gutachten zu begründen. Die oder der zweite Prüfende kann sich der schriftlichen Beurteilung durch den Betreuenden anschließen, doch muss dies im Gutachten vermerkt werden. Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten.

§ 32

Kolloquium

(1) Das Kolloquium ergänzt die Diplomarbeit und ist eine selbständige Prüfung, die unabhängig von der Diplomarbeit zu bewerten ist. Das Kolloquium dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, die Inhalte und Ergebnisse der Diplomarbeit, ihre fachlichen Grundlagen, ihre fächerübergreifenden Bezüge und ihre außerfachlichen Zusammenhänge auf wissenschaftlicher Grundlage mündlich zu begründen sowie Bezüge zum berufspraktischen Handeln zu verdeutlichen.

(2) Zum Kolloquium ist der Prüfling zugelassen,

1. wenn die bei der Zulassung zur Diplomarbeit noch fehlenden Prüfungsleistungen und Studienleistungen bestanden sind und
2. die Diplomarbeit mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertet wurde.

- (3) Eine Zulassung unter Vorbehalt wird zwei Wochen vor dem Termin für das Kolloquium erteilt.
- (4) Die Zulassung erfolgt auf Antrag durch die oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.
- (5) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung gem. § 14 oder als Präsentation gem. § 15 durchgeführt. Prüfende sind die Prüfenden der Diplomarbeit. Im Falle der Mitwirkung einer oder eines dritten Prüfenden sind Prüfende diejenigen, deren Note in die Bewertung der Diplomarbeit einbezogen wurde.

§ 33

Ergebnisse der Diplomprüfung

- (1) Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn alle vorgeschriebenen Fachprüfungen bestanden, die vorgeschriebenen Teilnahmenachweise erbracht, die Diplomarbeit und das Kolloquium mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertet wurden sowie die notwendigen 150 Anrechnungspunkte (CP) im Hauptstudium des Vollzeitstudiums, 96 Anrechnungspunkte (CP) im Hauptstudium des Berufsbegleitenden Studiums bzw. im Falle eines Verwaltungspraktikums 112 Anrechnungspunkte (CP) im Hauptstudium erworben wurden. Dabei werden bestandene Teilprüfungen, die sich auf Lehrveranstaltungen im Umfang von zwei SWS beziehen, mit vier Anrechnungspunkten (CP), und bestandene Teilprüfungen, die sich auf Lehrveranstaltungen im Umfang von vier SWS beziehen, mit sechs Anrechnungspunkten (CP) bewertet. Für eine bestandene Fachprüfung, die sich auf Lehrveranstaltungen im Umfang von acht SWS bezieht, werden zwölf Anrechnungspunkte (CP) vergeben.
- (2) Die Diplomprüfung ist nicht bestanden, wenn eine der genannten Prüfungsleistungen endgültig als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet worden ist oder die praktischen Studiensemester nicht erfolgreich abgeschlossen wurden. Auf Antrag stellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach der Exmatrikulation infolge des endgültigen Nichtbestehens der Diplomprüfung eine Bescheinigung über die erbrachten Leistungen aus. Aus der Bescheinigung muss das endgültige Nichtbestehen der Diplomprüfung hervorgehen (vgl. § 18 Abs. 4).

§ 34

Zeugnis und Gesamtnote

- (1) Über die bestandene Diplomprüfung erhält der Prüfling unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis. In das Zeugnis der Diplomprüfung sind die Noten der Fachprüfungen, das Thema der Diplomarbeit und deren Note, die Note des Kolloquiums und die Gesamtnote aufzunehmen. Ferner werden der Lernbereich sowie – auf Antrag des Prüflings – das Ergebnis der Fachprüfungen in weiteren als den vorgeschriebenen Fächern und die bis zum Abschluss der Diplomprüfung benötigte Fachstudiendauer aufgenommen.
- (2) Die Gesamtnote der Diplomprüfung wird aus dem arithmetischen Mittel der Noten der unter § 29 genannten Fach- und Teilprüfungen, der Diplomarbeit und des Kolloquiums gebildet. Dabei werden folgende Gewichtungen der Noten zugrundegelegt:

- a) TP über den Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von zwei SWS: zählen einfach
- b) TP über den Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von vier SWS: zählen zweifach
- c) TP über den Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von sechs SWS: zählen dreifach
- d) TP über den Inhalt einer Lehrveranstaltung im Umfang von acht SWS: zählen vierfach
- e) die Note der Diplomarbeit zählt vierfach
- f) die Note des Kolloquiums zählt einfach.

(3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Diplomprüfung erhält die Absolventin oder der Absolvent die Diplomurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Darin wird die Verleihung des Diplomgrades beurkundet. Die Diplomurkunde wird unterzeichnet und mit dem Siegel der Fachhochschule versehen.

(4) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

§ 35

Ungültigkeit der Diplom-Vorprüfung und der Diplomprüfung

(1) Hat der Prüfling bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird die Note der Prüfungsleistung berichtigt. Gegebenenfalls wird die Fachprüfung für "nicht ausreichend" und die Diplom-Vorprüfung oder die Diplomprüfung für "nicht bestanden" erklärt. Entsprechendes gilt für die Diplomarbeit.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Abnahme einer Fachprüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Fachprüfung geheilt. Hat der Prüfling vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, dass er die Fachprüfung ablegen konnte, so können die Fachprüfung für "nicht ausreichend" und die Diplom-Vorprüfung und Diplomprüfung für "nicht bestanden" erklärt werden.

(3) Dem Prüfling ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Diplomurkunde einzuziehen, wenn die Diplomprüfung auf Grund einer Täuschung für "nicht bestanden" erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

VI. Einstufungsprüfung

§ 36

Zweck der Prüfung, Zuständigkeit

(1) An der Fachhochschule Lausitz können im Fachbereich Sozialwesen Einstufungsprüfungen entsprechend § 14 Abs. 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes abgelegt werden.

(2) Wer die Fachhochschulreife bzw. Hochschulreife besitzt und sich Kenntnisse und Fähigkeiten angeeignet hat, die die Einstufungsprüfung in ein bestimmtes Semester rechtfertigen, kann sich einer Einstufungsprüfung unterziehen.

(3) Die Bestimmungen der Prüfungsordnung werden sinngemäß auf die Einstufungsprüfung angewandt. In Zweifelsfällen entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 37

Zulassung zur Einstufungsprüfung

(1) Zur Einstufungsprüfung können Bewerberinnen und Bewerber mit der Qualifikation der Hoch- oder Fachhochschulreife zugelassen werden.

(2) Der Antrag auf Zulassung zur Einstufungsprüfung ist schriftlich bis zum 1. April bzw. 1. Oktober an die oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten.

(3) Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein Lebenslauf mit Angaben, in welcher Weise die für die Einstufungsprüfung erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben wurden,
2. ein Zeugnis der Hoch- oder Fachhochschulreife,
3. ggf. der Nachweis der erforderlichen praktischen Tätigkeit,
4. ggf. beglaubigte Kopien der Zeugnisse und/oder Bescheinigungen über Art, Dauer und Ort einer beruflichen Tätigkeit und Zeugnis über eine abgeschlossene Berufsausbildung,
5. ein Nachweis über evtl. berufsbezogene Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen,
6. eine Erklärung, ob und für welchen Studiengang bereits früher bei einer Fachhochschule ein Antrag auf Zulassung zu einer Einstufungsprüfung gestellt wurde,
7. eine Erklärung, ob und mit welchem Erfolg bereits früher im angestrebten Studiengang ein Studium begonnen wurde.

Im Antrag soll angegeben werden, ob eine Einstufung unter Anrechnung im Umfang eines Semesters (Mindestvoraussetzung) oder mehrerer Semester gewünscht wird.

(4) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss. Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen bleiben unberührt.

(5) Bewerberinnen und Bewerber ohne Nachweis der Qualifikation nach Abs. 1 müssen sich einer Eignungsprüfung unterziehen.

(6) Bewerberinnen und Bewerber, die im Studiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik bereits studiert haben und bei denen die Voraussetzungen für eine Wiedereinschreibung nicht vorliegen, können zur Einstufungsprüfung in diesem Studiengang nicht mehr zugelassen werden.

(7) Über die Zulassungsentscheidung erteilt der Prüfungsausschuss den Bewerberinnen und Bewerbern einen schriftlichen Bescheid. Wird die Bewerberin oder der Bewerber zur Einstufungsprüfung zugelassen, enthält der Bescheid ggf. die Mitteilung, ob und welche Zulassungsbeschränkungen für den angestrebten Studiengang, bezogen auf die einzelnen

Semester, bestehen. Der Bescheid berechtigt nicht zur Aufnahme des Studiums. Ein ablehnender Bescheid ist zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 38 Beratung

Mit dem Zulassungsbescheid erhält die Bewerberin oder der Bewerber die Aufforderung zu einem Beratungsgespräch, in dem sie oder er über die einzelnen Prüfungsbereiche, die Anforderungen und den Ablauf der Prüfungen informiert wird. Die Beratung erfolgt durch eine Lehrende oder einen Lehrenden, die oder der vom Fachbereichsrat bestellt wird.

§ 39 Inhalte, Umfang und Formen der Einstufungsprüfung

(1) In der Einstufungsprüfung sind Kenntnisse und Fähigkeiten nachzuweisen, die auf Studienleistungen des Grund- und Hauptstudiums im Studiengang Sozialarbeit/ Sozialpädagogik im Umfang mindestens eines Semesters anrechenbar sind.

(2) Prüfungsgebiete der Einstufungsprüfung sind:

- a) Methoden der Sozialarbeit/Sozialpädagogik
- b) Rechtswissenschaft
- c) Soziologie
- d) Politikwissenschaft einschließlich Sozialpolitik
- e) Verwaltung und Organisation
- f) Psychologie
- g) Sozialmedizin einschließlich Psychopathologie
- h) Erziehungswissenschaft oder
- i) Medienpädagogik (Ästhetik und Kommunikation) oder
- j) Sozialphilosophie/Sozialethik.

(3) Die Einstufungsprüfung besteht mindestens aus zwei Prüfungen aus jeweils zwei der in Absatz 2 aufgelisteten Prüfungsgebiete.

(4) Die Anzahl der Prüfungen und die Prüfungsgebiete werden im Einzelfall vom Prüfungsausschuss festgesetzt.

(5) Prüfungsformen für Prüfungen im Rahmen der Einstufungsprüfung sind die mündliche Prüfung und die Klausur. Die Festlegung der Prüfungsformen erfolgt im Einzelfall durch den Prüfungsausschuss. Mindestens eine Prüfung muss in Form der Klausurarbeit abgelegt werden.

(6) Einstufungsprüfungen können nicht als Gruppenprüfungen abgelegt werden.

§ 40

Bewertung und Wiederholung

- (1) Für die Bewertung der einzelnen Prüfungen in der Einstufungsprüfung gilt:
- a) Die Prüfung wird mit "nicht ausreichend" bewertet, wenn die Bewerberin oder der Bewerber nur mangelhafte Grundkenntnisse und Fähigkeiten auf dem jeweiligen Prüfungsgebiet nachgewiesen hat.
 - b) Wenn die Bewerberin oder der Bewerber eine Leistung erbringt, die in Form, Inhalt und Anforderungen einer Prüfung entspricht, wird die Prüfung durch eine Note differenziert beurteilt.
- (2) Die Einstufungsprüfung ist bestanden, wenn zwei Prüfungen mit mindestens "ausreichend" bewertet worden sind.
- (3) Eine nicht bestandene Einstufungsprüfung kann einmal wiederholt werden. Bei der Wiederholung der Einstufungsprüfung wird eine beim Prüfungsversuch bestandene Prüfung als bestanden berücksichtigt, wenn die Bewerberin oder der Bewerber sich innerhalb von zwei Jahren nach dem ersten Prüfungsversuch zur Wiederholung meldet.
- (4) Eine bestandene Einstufungsprüfung kann nicht wiederholt werden.

§ 41

Einstufung

- (1) Die Bewerberin oder der Bewerber ist auf Grund der bestandenen Einstufungsprüfung berechtigt, das Studium in einem dem Ergebnis der Einstufungsprüfung entsprechenden Abschnitt des Studienganges in dem auf die Einstufungsprüfung folgenden Semester aufzunehmen, soweit dem nicht Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen entgegenstehen.
- (2) Die weiteren Einschreibungsvoraussetzungen bleiben unberührt. Die Berechtigung zur Aufnahme des Studiums erlischt, wenn sich die Bewerberin oder der Bewerber nicht innerhalb von zwei Jahren nach Bestehen der Einstufungsprüfung immatrikuliert hat. In besonderen Ausnahmefällen kann diese Frist vom Prüfungsausschuss verlängert werden.
- (3) Für die Einstufung in den entsprechenden Abschnitt des Studienganges auf Grund der Einstufungsprüfung gilt:
- a) Studienbewerber werden in das zweite Studiensemester eingestuft, wenn beide Prüfungen der Einstufungsprüfung mit mindestens "ausreichend" (4,0) benotet worden sind.
 - b) Studienbewerber werden in das dritte Studiensemester eingestuft, wenn vier Prüfungen mit mindestens "ausreichend" (4,0) benotet worden sind.
 - c) Studienbewerber werden in das vierte Studiensemester eingestuft, wenn sechs Prüfungen mit mindestens "ausreichend" (4,0) benotet worden sind.

d) Studienbewerber werden in das fünfte Studiensemester eingestuft, wenn sechs Prüfungen mit mindestens "ausreichend" (4,0) benotet und in mindestens vier dieser Prüfungen Prüfungsleistungen erbracht worden sind, die dem Rahmen der Diplomprüfung entsprechen und eine Praxistätigkeit von mindestens 20 Wochen in einem Tätigkeitsbereich sozialer Arbeit nachgewiesen wird. Über die Praxistätigkeit ist ein Bericht vorzulegen, auf den sich eine zusätzliche Prüfung bezieht.

(4) Die Einstufung in das sechste oder ein höheres Semester ist nicht möglich. Bewerberinnen und Bewerber sind ggf. auf die Möglichkeit zur Ablegung einer Externenprüfung hinzuweisen.

§ 42

Bescheinigung, Prüfungsgebühren

(1) Über das Ergebnis der Einstufungsprüfung wird die Bewerberin oder der Bewerber schriftlich informiert. Bei bestandener Prüfung erhält sie oder er eine Bescheinigung, die folgende Angaben enthält:

1. die Mitteilung, dass die Einstufungsprüfung bestanden ist,
2. den Umfang, in dem die Kenntnisse und Fähigkeiten auf studienbegleitende und studienabschließende Prüfungsleistungen angerechnet werden,
3. das Semester, in das die Bewerberin oder der Bewerber eingestuft wird,
4. die Benotung, soweit eine solche erfolgt ist.

(2) Die Bescheinigung wird gesiegelt und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben. Sie gilt nur für das Studium an der Fachhochschule Lausitz.

(3) Prüfungsgebühren sind entsprechend der Gebührenordnung der FHL zu entrichten.

VII. Externenprüfung

§ 43

Zweck der Prüfung/Zuständigkeit

An der Fachhochschule Lausitz kann im Fachbereich Sozialwesen die Externenprüfung gem. § 14 Abs. 2 Brandenburgisches Hochschulgesetz ablegen, wer sich in seiner Berufspraxis, im Rahmen der Weiterbildung oder auf andere Weise ein der Studien- und Prüfungsordnung entsprechendes Wissen und Können angeeignet hat. Diese Prüfungsordnung wird sinngemäß auf die Externenprüfung angewandt. In Zweifelsfällen entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 44

Zulassungsvoraussetzungen

Zur Externenprüfung kann auf Antrag zugelassen werden, wer:

1. das 25. Lebensjahr vollendet hat,

2. die Hoch- oder Fachhochschulreife erworben hat,
3. eine mindestens fünfjährige hauptberufliche Tätigkeit im Bereich sozialer Arbeit nachweisen kann,
4. durch eine ausführliche schriftliche Darstellung seiner bisherigen beruflichen Praxis ggf. in Verbindung mit einer entsprechenden Weiterbildung nachweist, dass sie oder er sich Wissen und Können angeeignet hat, das den Anforderungen eines Studiums der Sozialarbeit/Sozialpädagogik entsprechend der Studien- und Prüfungsordnung des Studienganges Sozialarbeit/Sozialpädagogik der Fachhochschule Lausitz entspricht.

§ 45

Antrag und Zulassung

(1) Der Antrag auf Zulassung zur Externenprüfung ist jeweils bis zum 1. April bzw. 1. Oktober schriftlich an die oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Lausitz zu richten. Wird der Anmeldetermin überschritten, gilt der Antrag als für den nächstfolgenden Prüfungstermin gestellt.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein tabellarischer Lebenslauf,
2. eine Geburtsurkunde,
3. ein Nachweis über die Hochschul- bzw. Fachhochschulzugangsberechtigung,
4. Nachweis über die berufliche Tätigkeit,
5. Bescheinigung über den Wohnsitz,
6. Angaben, ggf. Nachweise über Fort- und Weiterbildung,
7. die ausführliche Darstellung entsprechend § 46 Nr. 4,
8. eine Erklärung darüber, ob die Bewerberin oder der Bewerber bereits früher eine Abschlussprüfung als Studierende/r oder Externe/r im gleichen Studiengang an einer anderen Hochschule endgültig nicht bestanden hat oder ob sie oder er sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

(3) Auf Grund der eingereichten Unterlagen entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über die Zulassung. In Zweifelsfällen entscheidet der Prüfungsausschuss. Wird der Zulassungsantrag abgelehnt, erteilt der Prüfungsausschuss einen schriftlichen Bescheid mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung.

(4) Wird der Zulassung entsprochen, teilt der Prüfungsausschuss dies der Bewerberin oder dem Bewerber mit. Der Zulassung folgt eine Beratung des Prüflings durch eine/n vom Prüfungsausschuss bestellte Lehrende/n über die Prüfungsanforderungen und das Prüfungsverfahren.

(5) Der Prüfungsausschuss kann die Gesamtzahl der Prüflinge im externen Prüfungsverfahren begrenzen, wenn dadurch Belange des Studiums, der Lehre und/oder Forschung oder sonstige Belange der Fachhochschule beeinträchtigt werden. Die angemeldeten Prüflinge werden dann nach der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs der Bewerbung berücksichtigt.

§ 46

Umfang, Art und Dauer der Externenprüfung

(1) Alle Teile der Vordiplom- und Diplomprüfung sind verpflichtend. Voraussetzung für die Teilnahme an den Prüfungen ist die Vorlage eines Praxisberichtes und die darauf bezogene mit mindestens "ausreichend" endgültig bestandene mündliche Prüfung. Voraussetzung für die Meldung zur Diplomarbeit sind die bis auf zwei Prüfungen mit mindestens "ausreichend" endgültig bestandenen Prüfungsleistungen.

(2) Ein Prüfling kann an einem Prüfungstermin je Semester bis zu zwei Prüfungen erbringen.

(3) Die Gesamtdauer der Externenprüfung soll zwei Jahre nicht überschreiten. In begründeten Ausnahmefällen entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 47

Beratung, Meldung zur Prüfung, Verfahren

(1) Mit dem Zulassungsbescheid erhält der Prüfling die Aufforderung zu einem Beratungsgespräch, in dem er umfassend über Anforderungen der Externenprüfung und das Prüfungsverfahren informiert wird. Der Prüfungsausschuss teilt dem Prüfling den Abgabetermin und die Prüfende oder den Prüfenden für den Praxisbericht und den Termin für die darauf bezogene mündliche Prüfung mit.

(2) Ist dieser Teil der Externenprüfung bestanden, gibt der Prüfungsausschuss die Termine und Mitglieder der Prüfungskommission für die folgenden Prüfungen bekannt.

(3) Die Anzahl der jeweils abzulegenden Prüfungen legt der Prüfungsausschuss im Benehmen mit dem Prüfling fest.

§ 48

Zeugnis, Diplomurkunde

Über das Bestehen der Externenprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, aus dem hervorgeht, dass die oder der Betreffende die Diplomprüfung als Externe/r abgelegt hat.

§ 49

Prüfungsgebühr

Die Prüfungsgebühr richtet sich nach der Gebührenordnung der Fachhochschule Lausitz.

VIII. Eignungsprüfung

§ 50

Zulassung zur Eignungsprüfung

Wer mindestens 24 Jahre alt ist, den Abschluss der Sekundarstufe I oder einen gleichwertigen Abschluss und eine für das beabsichtigte Studium geeignete Berufsausbildung abgeschlossen und danach eine mehrjährige Berufserfahrung nachweisen kann, kann zu einer fachrichtungsbezogenen Eignungsprüfung gem. § 25 Abs. 3 BbgHG zugelassen werden. In der Prüfung ist festzustellen, ob der Prüfling die für das Studium im Fachbereich Sozialwesen erforderliche Qualifikation besitzt. Vor der Prüfung kann ein Probesemester absolviert werden. Über die Zulassung zum Probesemester und zur fachrichtungsbezogenen Eignungsprüfung sowie über die Durchführung dieser Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 51

Antrag auf Zulassung zur Eignungsprüfung

(1) Der Antrag auf Zulassung zur fachrichtungsbezogenen Eignungsprüfung ist bis zum 1. April an die Fachhochschule Lausitz zu richten. In dem Antrag ist der angestrebte Studiengang anzugeben.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

1. Geburtsurkunde,
2. eine ausführliche Darstellung der bisherigen schulischen und beruflichen Ausbildung,
3. beglaubigte Kopien der Zeugnisse über die schulische und berufliche Ausbildung,
4. beglaubigte Kopien der Bescheinigungen über Art, Dauer und Ort der mehrjährigen beruflichen Tätigkeit sowie gegebenenfalls über die Teilnahme an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen,
5. eine Erklärung, ob und für welchen Studiengang die Bewerberin oder der Bewerber bereits früher bei dieser oder einer anderen Hochschule einen Antrag auf Zulassung zur fachrichtungsbezogenen Eignungsprüfung gestellt hat und ob eine derartige Prüfung bereits versucht oder bestanden wurde.

(3) Eine abgeschlossene Berufsausbildung wird nachgewiesen durch:

- a) das Abschlusszeugnis der Berufsschule und den Nachweis über den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung in einem nach dem Berufsbildungsgesetz in der Bundesrepublik Deutschland anerkannten oder als gleichwertig geregelten Ausbildungsberuf
- oder
- b) das Zeugnis einer abgeschlossenen entsprechenden Ausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis
- oder
- c) das Zeugnis einer durch eine staatliche Prüfung abgeschlossenen schulischen Berufsausbildung, die durch Landesrecht geregelt ist.

(4) Die Art der beruflichen Tätigkeit muss erkennen lassen, dass der Bewerberin oder dem Bewerber dadurch für das Studium in dem angestrebten Studiengang erforderliche Kenntnisse vermittelt wurden, die erwarten lassen, dass sie oder er in der Lage ist, die entsprechenden wissenschaftlichen Studieninhalte eigenverantwortlich zu erarbeiten. Die berufliche Tätigkeit muss nicht auf Erwerb ausgerichtet sein. Einschlägige Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit durchgeführt wurden, sind zu berücksichtigen.

§ 52

Art und Umfang der Prüfung, Wiederholungsmöglichkeit

(1) Die fachrichtungsbezogene Eignungsprüfung besteht aus zwei Teilprüfungen:

1. einer Klausur (120 Minuten) im Fach: Methoden der Sozialarbeit/Sozialpädagogik und
2. einer mündlichen Einzelprüfung (30 Minuten): Praxisreflektion

(2) Für die Durchführung und Bewertung der Prüfungen gelten §§ 12 und 16 entsprechend.

(3) Eine fachrichtungsbezogene Eignungsprüfung ist bestanden, wenn beide Teilprüfungen mit mindestens "ausreichend" (4,0) bewertet wurden.

(4) Bei Nichtbestehen beider Teilprüfungen gilt die fachrichtungsbezogene Eignungsprüfung als endgültig nicht bestanden. Bei Nichtbestehen einer Teilprüfung kann diese einmal wiederholt werden.

§ 53

Prüfungsgebühr

Prüfungsgebühren sind entsprechend der Gebührenordnung der Fachhochschule Lausitz zu entrichten.

IX. Schlussbestimmungen

§ 54

Inkrafttreten

Die Prüfungsordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Sie wird im Mitteilungsblatt der Fachhochschule Lausitz veröffentlicht.

§ 55

Geltung

Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden, die ab Wintersemester 2002/2003 ihr Studium am Fachbereich Sozialwesen aufnehmen.